

# Gewerkschaftsfreundliche Politik ohne Gewerkschaften?

## Bill Clinton und die amerikanischen Gewerkschaften

---

Prof. Dr. Stephen J. Silvia, geb. 1959 in Buffalo/New York, Studium der industriellen Beziehungen an der Cornell University und der politischen Wissenschaften an der Yale University, ist Assistant Professor an der American University in Washington D.C.

### Aufstieg und Fall der Gewerkschaften als politische Kraft in den Vereinigten Staaten

Die amerikanischen Gewerkschaften haben seit ihrer Glanzzeit in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts viel an politischem Einfluß verloren. Noch gegen Ende der dreißiger Jahre versuchte die Republikanische Partei vergeblich, die mächtige politische Allianz zwischen der organisierten Arbeitnehmerschaft und Franklin D. Roosevelt zur Diskreditierung des Präsidenten und der Demokratischen Partei zu nutzen. Diese Kampagne gipfelte darin, daß die Republikanische Partei, wenn auch fälschlich, behauptete, Roosevelt verlange von seinen Mitarbeitern, zu jeder Maßnahme vorher „Syndey's Zustimmung einzuholen“. Bei diesem „Sydney“ handelte es sich um Sydney HiHman, damals Vorsitzender der Textilgewerkschaft Amalgamated Clothing Workers of America und Hauptkoordinator der Politik des Congress of Industrial Organizations (CIO).

Obwohl diese Behauptungen der Republikanischen Partei übertrieben waren, läßt sich nicht leugnen, daß die amerikanischen Gewerkschaften von den depressionsgezeichneten dreißiger Jahren bis in die späten sechziger Jahre außerordentliche politische Macht besaßen. Dabei sind zwei Faktoren von Bedeutung. Zum einen war der Organisationsgrad der amerikanischen Gewerkschaften mit 25 bis 35 Prozent recht hoch, und es bestanden innerhalb der Organisationen mehrere ethnische Gruppen mit starkem inneren Zusammenhalt, die mit ihrem erheblichen Stimmenanteil die ihnen geeignet erscheinenden politischen Kandidaten unterstützen konnten. Zum anderen riefen die Gewerkschaften in den dreißiger Jahren politische Aktionsausschüsse („political action committees“, PACs) ins Leben, mit deren Hilfe die wirtschaftlichen Ressourcen der Arbeitnehmer wirksam zur Beeinflussung von Politikern genutzt werden konnten. Diese politischen Aktionsausschüsse arbeiteten in nichtstaatlichen Organisationen wie Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen u. ä. Sie sammelten bei den Angehörigen der jeweiligen Organisation (z. B. Gewerkschaftsmitglieder oder Arbeitnehmer eines Unternehmens) Gelder, die dann en bloc als Spende an die von der Spitze der Organisation favori-

sierten politischen Kandidaten gingen. Gewerkschaften unterstützten ihren Wunschkandidaten oft mit erheblichen organisatorischen Ressourcen wie z. B. Büroräume, Telefon, Kopiergeräte und freiwillige Helfer, um die Chancen der Wunschkandidaten bei der nächsten Wahl zu erhöhen und größeren Einfluß auf erfolgreiche Bewerber zu gewinnen.

Trotzdem haben die Gewerkschaften ihre politische Schlagkraft während der letzten 30 Jahre weitgehend eingebüßt. Fünf Faktoren sind in diesem Zusammenhang wichtig: der stetige Rückgang der Mitgliedschaft von rund 30 Prozent im Jahre 1960 auf 12 Prozent zu Anfang der neunziger Jahre; die Auflösung der von europäischen Einwanderern des späten neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts gegründeten Arbeitergemeinden, in denen die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in den Jahren nach der Depression ihre Basis hatte; der dauerhafte wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegsjahre, die Ausbreitung der Vorstädte nach dem zweiten Weltkrieg und der Wertewandel der sechziger Jahre; die rasche Zunahme der politischen Aktionsausschüsse, die von antigewerkschaftlich eingestellten Organisationen, besonders Unternehmen, gegründet wurden und ein Gegengewicht zur politischen Macht der Gewerkschaften darstellten; die Spaltung der amerikanischen Linken, nachdem die Führung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO vehement für den Vietnamkrieg eingetreten war, und der wachsende Erfolg von anti-gewerkschaftlich eingestellten Kräften in der amerikanischen Gesellschaft. Seit den fünfziger Jahren charakterisierten diese Kräfte die Arbeitnehmer als eine Interessengruppe, die sich Vorteile für ihre Mitglieder auf Kosten der übrigen Gesellschaft verschaffe.

In den siebziger Jahren trat die wachsende politische Schwäche der organisierten Arbeitnehmerschaft zum ersten Mal in aller Deutlichkeit zutage. Damals konnte die AFL-CIO nicht verhindern, daß George McGovern, ein leidenschaftlicher Gegner des Vietnamkrieges, 1972 zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei gewählt wurde. Diese politische Schwäche wurde in den späten siebziger Jahren noch offensichtlicher: Die AFL-CIO konnte den Kongreß nicht für die Annahme eines Gesetzesvorschlag zur Reform der amerikanischen Arbeitsgesetzgebung gewinnen, obwohl ein Demokrat - Jimmy Carter - Präsident war und die Demokratische Partei sowohl im Senat wie auch im Repräsentantenhaus die Mehrheit besaß.

Während der gesamten achtziger Jahre stellte die Republikanische Partei die engen Beziehungen zwischen der organisierten Arbeitnehmerschaft und der Demokratischen Partei immer wieder als Beweis dafür hin, daß die Demokraten sich bestimmten Interessen verpflichtet fühlten und daher regierungsunfähig seien. Selbst Demokraten erhoben diese „Anklage“ gegenüber Mitgliedern ihrer eigenen Partei. 1984 beschuldigte Senator Gary Hart den früheren Vizepräsidenten Walter Mondale der „Gewerkschaftshörigkeit“. Mondale wurde zwar von den Demokraten dennoch 1984 zum Präsidentschaftskandidaten gewählt, aber im Wahlkampf gegen Ronald Reagan, der Mondale vernichtend schlug, richteten diese Anschuldigungen schweren Schaden an. Im

Präsidentenwahlkampf von 1988 akzeptierte der demokratische Kandidat Michael Dukakis die Unterstützung der Gewerkschaften nur widerstrebend und versuchte, sich von ihnen so weit wie möglich zu distanzieren. George Bush wiederum beschuldigte Dukakis öffentlich, sich durch die Annahme der gewerkschaftlichen Unterstützung zu deren „Marionette“ gemacht zu haben.

So war die Unterstützung der Gewerkschaften in der amerikanischen Politik zu Beginn der neunziger Jahre von einem höchst erstrebens- und begehrenswerten Ziel zu einer marginalen Größe geworden, die manchem Kandidaten eher schadete als nutzte.

#### Bill Clinton, die amerikanischen Gewerkschaften und der Präsidentenwahlkampf des Jahres 1992

In der politischen Karriere Bill Clintons finden sich nirgendwo enge politische Verbindungen zu den Gewerkschaften. Clintons Heimatstaat Arkansas ist ländlich geprägt, so daß die Gewerkschaften nie größere politische oder wirtschaftliche Bedeutung erlangt haben. Im Laufe der Jahre wurden im Staat Arkansas sogar mehrere Gesetze gegen die Interessen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften verabschiedet. „Closed shops“ wurden beispielsweise bereits in den vierziger Jahren verboten, und Arkansas ist bis heute einer der Staaten mit den schwächsten Arbeitsschutz-, Gesundheits- und Umweltschutzgesetzen. Während seiner Amtszeit als Gouverneur von Arkansas hat Clinton sich wenig um diese Dinge gekümmert; trotz intensiver gewerkschaftlicher Bemühungen blieb nicht nur das Verbot der „closed shops“ bestehen, sondern Clinton nutzte die lückenhaften Sozialgesetze, um Industriebetriebe, besonders der Geflügelverarbeitung, nach Arkansas zu locken. Obwohl durch dieses „Sozialdumping“ in Arkansas Arbeitsplätze geschaffen wurden, führte dies sowohl zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in anderen Staaten als auch zu weiterem sozialen Abstieg und wachsenden Umweltschäden in Arkansas selbst.

In den achtziger Jahren gewann Clinton innerhalb der Demokratischen Partei auf nationaler Ebene immer mehr an Profil und stieg schnell zu einer der Führungspersonlichkeiten im Demokratischen Leitungsgremium „Democratic Leadership Council“ (DLC) auf. Dieses Gremium wurde 1984 nach Mondales Niederlage gegen Reagan vom rechten Flügel der Partei gegründet. Ziel des DLC war es, die Demokratische Partei von ihren klassischen politischen Verbündeten, d. h. Gewerkschaften, Bürgerrechtler, Homosexuelle und Frauen, zu distanzieren, um die Partei für die Mittelschicht attraktiver zu machen und die eher traditionell geprägten demokratischen Arbeitnehmerbezirke zurückzuerobern, die in den Wahlen der Jahre 1980 und 1984 mehrheitlich für Reagan gestimmt hatten.

Die Vorwahlen der Demokratischen Partei im Jahr 1992 brachten die Divergenzen zwischen Clinton und den amerikanischen Gewerkschaften noch klarer zutage. Aus einem Gefühl allgemeiner Unzufriedenheit gegenüber allen Bewerbern unterstützten mehrere Gewerkschaftsführer in der ersten

Runde der Vorwahlen keinen der Kandidaten, sondern warteten statt dessen die Ergebnisse der Vorwahlen ab, bevor sie sich zu einer eindeutigen Aussage entschlossen. Diejenigen Gewerkschaften, die einen Bewerber unterstützten, sprachen sich mehrheitlich für Tom Harkin, Senator des Staates Iowa aus, weil Harkin sich für Protektionismus und eine Rückkehr zu den politischen Zielen des „New Deal“ von Franklin D. Roosevelt einsetzte. Einige wenige wie z. B. die Automobilgewerkschaft „United Automobile Workers' of America“ unterstützten den anderen populistischen Bewerber, den früheren Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown. Clinton hingegen hatte bis zum Frühjahr 1992, als seine Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten gesichert war, fast keine Gewerkschaft hinter sich.

Als Clinton die Präsidentschaftskandidatur für die Demokraten geschafft hatte, waren sich die Gewerkschaften und Clinton darüber im klaren, daß beide zu einer konstruktiven Form der Zusammenarbeit kommen müßten, wenn die Demokraten ins Weiße Haus einziehen wollten. Zunächst hielt man noch auf Distanz. Die Gewerkschaften mobilisierten ihre Mitglieder mit dem Schlachtruf „Jeder außer Bush“, was weniger ein Ausdruck ihrer Unterstützung Clintons als der Verdrossenheit nach zwölf Jahren republikanischer Herrschaft war. Clinton wiederum nutzte die finanzielle und materielle Unterstützung der Gewerkschaften, trat aber auf Gewerkschaftstagen so gut wie gar nicht in Erscheinung, um nicht den Verdacht zu erwecken, er sei von den Gewerkschaften „vereinnahmt“ worden.

Im Laufe des Wahlkampfes traten die Gewerkschaften stärker für Clinton ein, besonders nachdem sein Wahlsieg über George Bush immer wahrscheinlicher wurde. Mit der Zeit begeisterten sich die Gewerkschaften für Clintons postkeynesianische Wirtschaftsstrukturprogramme zur Verbesserung der Infrastruktur des Landes und des Bildungssystems, zur Senkung der Arbeitslosigkeit, zur Erhöhung der Realeinkommen und zur Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Clinton jedoch hielt während des gesamten Wahlkampfes stets auf Distanz. Gewerkschaftlichen Druck beantwortete er nie mit konkreten Zusagen, sondern stets mit der Aussage, daß den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern durch eine allgemeine Belebung der Wirtschaft am besten gedient sei. In der Wahlkampagne wiesen Clintons allgemeine Aussagen zur Wirtschaft den Gewerkschaften keine neue oder erweiterte Rolle innerhalb des Wirtschaftsgefüges zu. Die Gewerkschaften näherten sich zwar während des Wahlkampfes 1992 Clinton an, aber Clinton tat keinen Schritt auf sie zu.

#### Die Gewerkschaften und die Regierung Clinton

Trotz der Distanz zwischen Clinton und den amerikanischen Gewerkschaften wurde deren politische Position durch dessen Wahl im Vergleich zu den vorangegangenen zwölf Jahren republikanischer Herrschaft gestärkt. Die Gewerkschaften hatten wieder direkten Zugang zum Präsidenten. Auch die Bundesbehörden, denen die Aufsicht über die Einhaltung von Arbeitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz und der Arbeitsgesetzgebung

obliegt, werden in Zukunft statt der antigewerkschaftlichen Einstellung unter den Regierungen Reagan und Bush wohl mehr Ausgewogenheit zeigen. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß die Regierung Clinton von allen demokratischen Regierungen seit der Zeit der Depression die weitaus schwächsten Bindungen an die amerikanischen Gewerkschaften hat. Weder Gewerkschaftsfunktionäre noch den Gewerkschaften nahestehende Intellektuelle oder Juristen haben Schlüsselpositionen in Clintons Regierung inne. Einige Gewerkschaftsfunktionäre nehmen zwar Positionen auf mittlerer Ebene ein, doch sind es deutlich weniger als in früheren demokratischen Regierungen.

Demokratische (und auch manche republikanische) Präsidenten beriefen üblicherweise Persönlichkeiten mit starken gewerkschaftlichen Bindungen an die Spitze des Arbeitsministeriums. In den sechziger und siebziger Jahren hatte die AFL-CIO quasi ein Vetorecht bei der Ernennung des Arbeitsministers. Clinton dagegen berief seinen Freund Robert Reich, der lange an der School of Government der Harvard University gelehrt hatte, auf diesen Posten. Obwohl Reich zum linken Flügel der Demokratischen Partei gehört, hatte er durchaus keine Verbindungen zu den Gewerkschaften. Hinzu kommt, daß Clinton die Gewerkschaften bei seiner Entscheidung nicht konsultierte, sondern sie lediglich davon in Kenntnis setzte.

Die Gewerkschaften befürchten nun, daß ein Akademiker in der Position des Arbeitsministers mit den Gewerkschaften abstrakte Experimente durchführen und damit den gegenwärtigen gewerkschaftlichen Strukturen und ihrer Führung erheblichen Schaden zufügen könnte. Reichs Bemerkung „Wir sind noch nicht sicher, ob die Gewerkschaften in ihrer hergebrachten Form in der neuen Arbeitswelt noch benötigt werden“ bestätigen diese Besorgnis. Auch ist Reich nicht der einzige in Clintons Mannschaft, der die traditionelle Rolle der Gewerkschaften bei der vom Präsidenten versprochenen wirtschaftlichen Erneuerung in Frage stellt. Wirtschaftsminister Ron Brown sagte vor kurzem: „Gewerkschaften sind da, wo sie bereits bestehen, ganz in Ordnung. Wo es noch keine gibt, müssen wir darüber nachdenken, welche Art von Organisation die Arbeitnehmer vertreten sollte.“ Bei einem Organisationsgrad von 12 Prozent bedeutet diese Aussage des Ministers, daß er die Gewerkschaften nicht als die angemessene Interessenvertretung von fast 90 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmer erachtet.

Obwohl Clinton immer noch Abstand zu den Gewerkschaften hält und auch innerhalb der Regierung ein Mangel an Sympathie für gewerkschaftliche Belange zu konstatieren ist, stimmen die Ziele des Präsidenten mit denen der Gewerkschaften im wesentlichen überein, weil Clinton und die Mehrheit der amerikanischen Gewerkschaftsführer sich in ihrer strukturellen Kritik des unter Bush und Reagan in Amerika populären Laissez-faire-Kapitalismus einig sind. Befürworter dieser Strukturanalysen vergleichen die wirtschaftlichen Erfolge Japans und Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg mit denen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten und kommen zu dem Schluß, daß in der Praxis die soziale Marktwirtschaft mit ihren gut gestalteten

Rahmenbedingungen weit besser abschneidet als Systeme mit völlig freier Marktwirtschaft, da die Beschränkungen der sozialen Marktwirtschaft die Arbeitgeber zu langfristigem Denken und zu kooperativen Beziehungen mit den Arbeitnehmern anspornen. Wirtschaftsstrukturtheoretiker argumentieren, daß angemessene Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen und somit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes verbessern.

Aufgrund dieser übereinstimmenden Wirtschaftsanalyse streben die Gewerkschaften und die Regierung Clinton eine Reihe politischer Ziele an, um die Rahmenbedingungen für die amerikanische Wirtschaft zu verbessern:

1. Strukturelle Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit;
2. Senkung des nationalen Haushaltsdefizits ohne Beeinträchtigung der Belange der Arbeitslosen und der Arbeitnehmer;
3. Reform des Gesundheitswesens zur Gewährleistung der umfassenden Versorgung aller Bürger und zur Kostensenkung;
4. Einführung eines beruflichen Bildungssystems innerhalb einer Umstrukturierung des gesamten Bildungssystems;
5. Änderung der Arbeitsgesetzgebung zur Beschränkung des Einsatzes von unbefristeten Ersatzarbeitnehmern bei Streiks und zur Förderung der Mitbestimmung.

Die Regierung Clinton verfolgt somit eine Reihe von gewerkschaftsfreundlichen Zielen, ohne die Gewerkschaften einzubeziehen.

Im Bereich des internationalen Handels ist die Kluft zwischen Clinton und den Gewerkschaften allerdings unübersehbar. Sowohl das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) als auch das neue multilaterale Handelsabkommen innerhalb des GATT stoßen bei den Gewerkschaften auf Ablehnung, weil keines der beiden Abkommen eine strikte Sozialklausel zum Schutz des Rechtes auf gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen sowie Garantien für den Mindestlebensstandard für Arbeitnehmer in der Dritten Welt enthält. Die Regierung Clinton schließt gegenwärtig ein Ergänzungsabkommen zu NAFTA ab, um in den Bereichen Arbeit und Umweltschutz Mindeststandards festzulegen. Eine solche Zusatzvereinbarung dürfte zwar die Vorbehalte einer ausreichenden Mehrheit von Kongreßabgeordneten soweit ausräumen, daß die Ratifizierung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens gesichert ist, doch sie bleibt notwendigerweise hinter den weitaus strikteren Forderungen der Gewerkschaften zurück. Gerade diese Forderungen werden allerdings von mancher Seite nur als gewerkschaftliche List zur Verschleierung des puren Protektionismus angesehen.

Das interessanteste und wichtigste Vorhaben der Regierung Clinton im Bereich der Arbeitsbeziehungen kommt zum Ausdruck in der Arbeit des Sonderausschusses zur „Zukunft der innerbetrieblichen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“. Dieser Ausschuß besteht seit Anfang 1993 und hat die Aufgabe, Reformvorschläge zur Verbesserung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu erarbeiten, um so die internationale Wettbewerbsfähigkeit

der amerikanischen Wirtschaft zu verbessern. Vorsitzender des Ausschusses ist Dr. John Dunlop, Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard University und früherer Arbeitsminister der Regierung Ford. Der Ausschuß selbst besteht aus Gewerkschaftern, Geschäftsleuten und Wissenschaftlern. Einige Anhörungen haben bereits stattgefunden, der Schlußbericht mit einigen Gesetzesvorschlägen wird für Mai 1994 erwartet.

Die Mehrheit des Ausschusses sieht das deutsche System der Betriebsräte zwar als Vorbild, betrachtet aber dessen Anpassung an das geltende amerikanische Modell der Arbeitsbeziehungen als schwierig und konfliktrichtig. Im Gegensatz zur Gewerkschaftspraxis in der Bundesrepublik ist in den USA der Einzelbetrieb das Zentrum der Gewerkschaftsaktivität. Um offiziell Vertreter der Arbeitnehmer in einem Betrieb zu werden, muß eine Gewerkschaft die Mehrheit der Stimmen der Arbeitnehmer im Betrieb bekommen. Die US-Bundesregierung verwaltet und kontrolliert alle betrieblichen Wahlen, um deren Korrektheit zu gewährleisten. Selbst wenn das Unternehmen mehr als einen Betrieb hat, wählen die Arbeitnehmer üblicherweise in jedem Einzelbetrieb.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben ihre Bedenken bezüglich der Einführung einer gesetzlich festgeschriebenen Pflicht zur Betriebsratswahl bereits deutlich gemacht. In den USA übernehmen die örtlichen Einzelgewerkschaften viele der Aufgaben, die in der Bundesrepublik den Betriebsräten obliegen. Dazu gehören die Schlichtung von Konflikten am Arbeitsplatz oder auch das Verhandeln über Aufgabenzuweisungen im Betrieb. Würden innerhalb des amerikanischen Systems der Arbeitsbeziehungen nun Betriebsräte geschaffen, so könnte dies die Position der Gewerkschaften eher schwächen als stärken, denn sobald der Betriebsrat die Aufgaben der Gewerkschaft übernimmt, besteht für die Beschäftigten kein Grund mehr, der Gewerkschaft beizutreten.

Weiterhin ergibt sich folgendes Problem: Betrachtet man das bereits bestehende amerikanische Recht der Arbeitsbeziehungen zusätzlich durch gewählte Betriebsräte, so müßten in jedem Betrieb mit über fünf Beschäftigten regelmäßig Wahlen zum Betriebsrat stattfinden. Gewerkschaften müßten zur Anerkennung ihrer Tätigkeit in den Betrieben zusätzliche Wahlen abhalten. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß es in einem derart komplizierten System ungemein schwierig wird, Wahlen zur Anerkennung einer Gewerkschaft in einem Betrieb abzuhalten, geschweige denn zu gewinnen.

Als Alternative dazu schlagen die US-Gewerkschaften die Übernahme des kanadischen Systems zur Anerkennung einer Gewerkschaft als Interessenvertretung in einem Betrieb vor, da hier Wahlen nicht vonnöten sind. Die Gewerkschaft weist einfach die Zugehörigkeit der Mehrheit der Arbeitnehmer nach, was üblicherweise durch Vorlage der Beitrittserklärungen geschieht. Die Gewerkschaft wird dann vom Arbeitgeber automatisch als Tarif Verhandlungspartner anerkannt. Dennoch ist dies bestenfalls eine Teillösung. Das Problem der Mehrfachwahlen wäre zwar ausgeräumt, aber das Dilemma der sich über-

schneidenden Aufgaben von Betriebsräten und Ortsgewerkschaften bliebe bestehen. Überdies würden die Arbeitgeber vermutlich versuchen, die Annahme des kanadischen Modells im Kongreß zu blockieren, denn der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Kanada liegt aufgrund dieser Regelung um zwanzig Prozentpunkte höher als in den Vereinigten Staaten. Auch die US-Regierung zeigt bisher keinerlei Sympathien für eine Einführung des kanadischen Modell.

In diesem Zusammenhang muß deutlich gemacht werden, daß es der Regierung Clinton bei all ihren wirtschaftlichen Vorschlägen keineswegs um die Unterstützung der Gewerkschaften, sondern vorrangig um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geht. Zwar profitieren die Gewerkschaften *indirekt* von einigen politischen Zielen der Regierung Clinton, aber das Hauptaugenmerk der Politik liegt auf der Wirtschaft. Es ist vorstellbar, daß die amerikanische Regierung eine gewerkschaftsfeindliche Politik betreiben würde, um die gesamtwirtschaftliche Situation zu verbessern. Dies ist das Resultat der Distanz zwischen einer demokratischen Regierung und den Gewerkschaften, wie sie in dieser Form nie zuvor bestanden hatte. Es zeigte sich auch schon recht früh, daß Clinton gerade diejenigen Projekte und Absichten, die den Gewerkschaften am meisten am Herzen lagen, als erste fallen ließ. Clinton hatte zum Beispiel im Sommer 1992 ein Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft in Höhe von 50 Mrd. Dollar angekündigt. Nach einer Neubewertung des Defizits im Bundeshaushalt und aufgrund der Einwände der Republikanischen Partei wurde dieses Programm im Frühjahr 1993 auf eine Milliarde zusammengestrichen - diese Summe beläuft sich auf weniger als 0,0001 Prozent des Bruttosozialproduktes der USA. Auf Clintons Geheiß nahm Arbeitsminister Robert Reich seinen Vorschlag zu einer dreiprozentigen Erhöhung der Sozialversicherungssteuer wieder zurück, obwohl diese Gelder für die Einführung eines Berufsbildungssystems vorgesehen waren.

#### Schlußbemerkung

Die Beziehung zwischen Regierung und Gewerkschaften ist einigermaßen paradox. Noch nie waren die Bindungen zwischen Gewerkschaften und demokratischer Regierung seit der Zeit der Depression so schwach wie unter Clinton. Andererseits zeigt das Programm der Regierung Clinton weitgehende Übereinstimmung mit den Zielen der amerikanischen Gewerkschaften, und zwar weil ihre Analysen der wirtschaftlichen Strukturprobleme der USA übereinstimmen. Somit ergibt sich trotz der mangelnden politischen Stärke der Gewerkschaften - ausgedrückt in der fehlenden gewerkschaftlichen Präsenz in Clintons Regierung - eine Konvergenz der politischen Zielsetzungen.

Aus dieser Konstellation folgt zweierlei: Die Allianz zwischen Gewerkschaften und Regierung ist prekär, denn Clintons einziges Ziel ist die Stärkung der Wirtschaft und nicht etwa der Gewerkschaften. Im Gegensatz zu Margaret Thatcher oder Ronald Reagan greift Clinton die Gewerkschaften zwar nicht



willkürlich an, aber es ist keineswegs auszuschließen, daß Clinton sein Programm zur Stärkung der Wirtschaft selbst auf Kosten der Gewerkschaften durchführt. Die ursprünglichen Vorschläge des von Clinton eingesetzten Sonderausschusses für Arbeitsbeziehungen zum Thema Betriebsräte mögen als Beispiel dienen. Zweitens steht nicht zu erwarten, daß Clinton sich für eine tiefgreifende Änderung der Arbeitsgesetzgebung einsetzt, nur um den Gewerkschaften zu helfen. Clinton ist ohne deren Unterstützung in das Präsidentenamt gelangt und ist ihnen politisch nicht nennenswert verpflichtet. Gewerkschaftsfreundliche Gesetze ließen sich zudem im Kongreß trotz demokratischer Mehrheiten in beiden Häusern nur schwierig durchsetzen. Der erhebliche Einfluß von Industrie und Wirtschaft darf hier nicht unterschätzt werden. Das gegenwärtige Zweckbündnis von Gewerkschaften und Bill Clinton ist eher ein Ergebnis von dessen Wahlerfolg und der momentanen Übereinstimmung strategischer politischer Ziele als Ausdruck einer dauerhaften Partnerschaft.

Clintons postkeynesianische Wirtschaftspolitik könnte die amerikanischen Gewerkschaften dennoch zwingen, Innovationen wie z. B. Betriebsräte zu akzeptieren, die sie unter anderen Umständen abgelehnt hätten. Das allgemeine Klima begünstigt Experimente. Für die Gewerkschaften, die sich seit den vierziger Jahren im stetigen Niedergang befinden, kann das eine Chance zur Befreiung sein.